



Der Wahlkampf hat noch nicht offiziell begonnen.
Und trotzdem fühlt es sich schon an wie ein überfüllter Marktplatz an einem
Samstagvormittag.

Vierzehn Monate vor dem ersten Wahlgang gleicht die französische Präsidentschaftswahl
2027 keinem geordneten politischen Wettbewerb, sondern eher einem Stau ohne Baustelle.
Kein klares Duell, keine übersichtliche Frontstellung, keine erkennbare Dramaturgie.
Stattdessen: ein Gedränge. Viele Namen. Viele Ambitionen. Viele Spiegel, in die geschaut
wird.

Und man fragt sich unwillkürlich: Geht es hier noch um das Land oder längst um etwas
anderes?

Die Präsidentschaft hat sich in Frankreich schleichend von einem politischen Amt zu einer
Projektionsfläche verwandelt. Seit Einführung des Fünfjahresmandats und der Umkehr des
Wahlkalenders im Jahr 2002 steht sie über allem. Alles ordnet sich ihr unter. Programme,
Parteien, Karrieren - alles dreht sich um diesen einen Moment.

Die Folge liegt offen auf dem Tisch: Wer politisch existiert, denkt früher oder später an den
Élysée-Palast. Nicht im Stillen, nein. Laut. Öffentlich. Mit kalkulierten Andeutungen und
halben Geständnissen.

Früher hieß es: Ich diene meiner Partei, meinem Land.
Heute heißt es: Warum eigentlich nicht ich?

Der Durchbruch von Emmanuel Macron im Jahr 2017 wirkt bis heute wie ein politischer
Urknall. Ein Mann ohne klassische Parteistruktur, ohne jahrzehntelangen Stallgeruch, ohne
tief verankertes politisches Milieu - und plötzlich Präsident. Für viele Beobachter damals ein
Ausnahmefall. Für viele Politiker heute ein Beweis.

Die Botschaft war simpel, fast verführerisch: Es reicht, sichtbar zu sein. Es reicht, präsent zu
wirken. Es reicht, eine Geschichte über sich selbst zu erzählen.

Seitdem wabert ein Gedanke durch die politische Klasse, unausgesprochen und doch
allgegenwärtig: Wenn er es geschafft hat, warum nicht ich?



Dieser Gedanke wirkt wie ein Katalysator. Er beschleunigt Ambitionen. Er löst Hemmungen. Und er ersetzt Geduld durch Dringlichkeit.

Über Jahrzehnte erfüllten Parteien eine unbequeme, aber notwendige Funktion. Sie sortierten. Sie filterten. Sie bremsten. Nicht jeder Ehrgeiz führte automatisch zur Kandidatur. Es gab interne Kämpfe, lange Vorwahlen, Geduldsspiele. Wer oben ankam, hatte meist Narben - und ein verlässliches Team.

Diese Zeit ist vorbei.

Rechts zerfiel die alte Ordnung schrittweise. Links fragmentierte sich alles. Die politische Mitte lebt von einem Erbe, dessen Haltbarkeit niemand seriös einschätzen mag. Die Parteien existieren noch, klar. Aber sie strukturieren kaum noch.

Heute genügt mediale Existenz. Ein Netzwerk. Ein paar loyale Unterstützer. Und schon fühlt sich eine Kandidatur legitim an.

Die Selbsternennung hat das Auswahlverfahren ersetzt.

Hinzu kommt die Logik der Fünften Republik selbst. Die Präsidentschaft ist auf eine Person zugeschnitten. Sie verlangt Verkörperung, nicht Kollektiv. Sie belohnt Präsenz, nicht Teamarbeit. Zwei Wahlgänge, ein Sieger - der Rest verschwindet.

Dieses System produziert zwangsläufig Persönlichkeiten. Oder zumindest Menschen, die sich dafür halten.

Politik wird zur Bühne. Und wer einmal im Scheinwerferlicht stand, will es nicht mehr verlassen.

Besonders sichtbar zeigt sich dieses Phänomen im politischen Zentrum. Die Zeit nach Macron gleicht einem offenen Feld ohne klare Erbfolge. Kein natürlicher Nachfolger. Keine unumstrittene Figur. Nur konkurrierende Profile, die alle glauben, zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein.

Da ist die jugendliche Ambition, mediengewandt, schnell, präsent. Da ist die geduldige Figur



mit staatsmännischer Attitüde, die lieber wartet als stolpert. Und da sind jene, die seit Jahren Ministerposten bekleiden und das Gefühl entwickelt haben, an der Reihe zu sein.

Niemand will zu früh verzichten. Denn Verzicht bedeutet Unsichtbarkeit. Und Unsichtbarkeit ist heute politischer Tod.

So entsteht ein paradoxes Bild: Viele Kandidaten, aber kein Zentrum. Viel Bewegung, aber wenig Richtung.

Vitalität sieht anders aus.

Am rechten Rand wirkt die Lage stabiler - und ist doch ebenso von persönlichen Fragen geprägt. Eine Figur dominiert weiterhin, erfahren, kampferprobt, mit treuem Wählerstamm. Und gleichzeitig wächst eine jüngere Generation heran, glatter im Auftreten, kompatibler für ein breiteres Publikum.

Hier geht es weniger um Inhalte als um Timing. Wer verkörpert die beste Siegchance? Wer trägt die Bewegung, ohne sie zu überfordern? Kontinuität oder Übergang?

Auch hier entscheidet nicht das Programm, sondern die Person.

Am deutlichsten aber zeigt sich die Ego-Inflation links. Dort ist sie fast schon ein Laborversuch.

Es mangelt nicht an Wählern. Es mangelt nicht an Themen. Es mangelt nicht an Empörung. Was fehlt, ist Einigung. Und Vertrauen.

Ein alter Kämpfer denkt nicht ans Aufhören, weil die Präsidentschaft Teil seiner Identität geworden ist. Jüngere Stimmen drängen nach vorn, mit anderen Tönen, anderen Geschichten, anderen Hoffnungen. Jede dieser Figuren steht für eine reale Strömung. Und jede will mehr als nur Teil des Ganzen sein.

Das Ergebnis: Parallelambitionen. Gegenseitiges Misstrauen. Strategische Unbeweglichkeit.

Man könnte lachen, wäre es nicht so folgenreich.



Natürlich spielen Inhalte eine Rolle. Die Unterschiede sind real. Sozialpolitik, Europa, Ökologie, Wirtschaft - die Gräben existieren. Aber das System verstärkt die persönlichen Brüche. Es zwingt zur Verkörperung. Es belohnt Alleingänge.

Und so scheitert die Linke weniger an Ideen als an der Unfähigkeit, Ego und Kollektiv in Einklang zu bringen.

Oder anders gesagt: Jeder will führen. Niemand will folgen.

Diese Dynamik wird durch Medien und soziale Netzwerke massiv verstärkt. Sichtbarkeit ersetzt Verankerung. Ein viraler Moment wiegt manchmal mehr als Jahre lokaler Arbeit. Präsenz schlägt Geduld.

Ein Politiker kann heute landesweit existieren, ohne je eine stabile Organisation aufgebaut zu haben. Ein gutes Interview, ein kluger Tweet, ein zugespitzter Auftritt - und schon entsteht politische Realität.

Die Eintrittshürden sinken. Die Versuchung steigt.

Warum warten, wenn man senden kann?

Doch all das verweist auf eine tiefere Krise. Eine Krise des Kollektiven.

Parteien, Gewerkschaften, Zwischeninstanzen - sie verlieren seit Jahren an Bindungskraft. Vertrauen erodiert. Loyalitäten verdampfen. Die Politik wird individualisiert, fast privatisiert.

Die Präsidentschaft fungiert dabei als Ventil. Als Bühne für Ambitionen, die sonst keinen Kanal mehr finden.

Frankreich steht damit nicht allein. Aber nirgendwo wirkt dieses Phänomen so konzentriert wie in einem stark präsidentialen System.

Die Risiken liegen auf der Hand. Zu viele Kandidaten verdünnen den Diskurs. Programme



geraten in den Hintergrund. Persönlichkeiten dominieren.

Der erste Wahlgang zerfasert. Der zweite polarisiert brutal. Am Ende setzen sich jene durch, die über einen stabilen Kern verfügen - nicht zwingend jene mit der breitesten Vision.

Demokratie lebt vom Streit. Aber sie leidet unter Überlagerung.

Die Wahl 2027 wird deshalb mehr sein als ein Machtwechsel. Sie wird ein Spiegel ihrer Zeit.

Sie zeigt, ob Frankreich dauerhaft in einer postparteilichen Phase angekommen ist. Ob politische Unternehmer die klassischen Strukturen ersetzt haben. Und ob das macronistische Modell Ausnahme oder Blaupause bleibt.

Vor allem aber stellt sie eine unbequeme Frage: Funktioniert Demokratie langfristig ohne starke kollektive Träger?

Denn eines steht fest - diese Kandidatenflut entsteht nicht zufällig. Sie ist das Symptom eines Systems im Umbau. Eines Systems, in dem das Ich oft lauter spricht als das Wir.

Und genau darin liegt die eigentliche Spannung dieser Wahl.

Am Ende wird es nicht nur um Programme gehen. Nicht nur um Ideologien. Sondern um Lebensläufe, Narrative, persönliche Schicksale.

Um Karrieren, die auf Kollisionskurs gehen.

Und um ein Land, das sich fragt: Wer hört uns eigentlich noch zu?

Ein Artikel von M. Legrand